Stadtverordnetenversammlung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel

Vorlage Nr. 101.17.997

Kassel, 25. Juni 2013

Informationsfreiheitssatzung

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, den Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung vorzulegen, insofern eine vorherige Regelung des Landesgesetzgebers dies nicht erübrigt. Dabei ist insbesondere festzulegen, dass nur Informationen zu Selbstverwaltungsangelegenheiten betroffen sind und der Raum des behördlichen Entscheidungsbildungsprozesses geschützt ist. Ebenso ist die Deckung der entstehenden Verwaltungskosten zu regeln. Die Satzung soll zunächst befristet werden, um nach einem angemessenen Zeitraum eine Evaluation durchführen zu können.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Norbert Sprafke

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne